



**Carsten Schneider**  
Mitglied des Deutschen  
Bundestages

Haushaltspolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion



**Christian Lange**  
Mitglied des Deutschen  
Bundestages

Parl. Geschäftsführer der  
SPD-Bundestagsfraktion



**Klaas Hübner**  
Mitglied des Deutschen  
Bundestages

Stellv. Vorsitzender der  
SPD-Bundestagsfraktion

## **Konsolidierung mit Perspektiven – für einen handlungsfähigen Staat**

Deutschland sitzt tief in der Schuldenfalle. Unser Staat hat fast 1500 Milliarden Euro Schulden – rund 940 Milliarden Euro entfallen davon auf den Bund, mehr als 560 Milliarden Euro auf Länder und Kommunen. Und die Verschuldung steigt weiter – derzeit nur eben etwas langsamer. Die Logik dahinter ist simpel: weil wir jedes Jahr mehr Geld ausgeben als wir einnehmen, muss die Lücke mit neuen Schulden geschlossen werden. Ebenso einfach und naheliegend ist deshalb auch die Schlussfolgerung: der Artikel 115 GG, der die Verschuldungsmöglichkeiten des Staates begrenzen sollte, hat sich als wirkungslos erwiesen.

So nehmen der Bund und etliche Länder auch im Jahr 2008 trotz hoher Steuereinnahmen neue Kredite auf. Allein der Bund benötigt davon voraussichtlich fast 12 Milliarden Euro. Mehr noch: Um unsere Staatsausgaben zu finanzieren, veräußern wir jedes Jahr Volksvermögen – Bundesbeteiligungen und Grundbesitz – in Milliardenhöhe. Doch dabei handelt es sich um eine endliche Ressource.

Die Folge: Fast jeder fünfte Euro der Steuereinnahmen des Bundes muss für Zinszahlungen aufgewendet werden. In diesem Jahr voraussichtlich deutlich mehr als 40 Milliarden Euro – verlorenes Geld, das wir an anderer Stelle gut gebrauchen könnten. Die Dimension wird deutlich, wenn wir diese Summe ins Verhältnis setzen: sie entspricht ungefähr den Einnahmen aus ungefähr sechs Prozentpunkten der Mehrwertsteuer oder den addierten Ausgaben und Investitionen der Ministerien für Bildung und Forschung, für Verkehr und Familie.

Es gibt keine unsozialeren Staatsausgaben als Schulden. Künftige Generationen bestrafen wir damit gleich doppelt: Aufgrund der hohen Zinszahlungen investieren wir heute weniger in die Zukunft als wir müssten, zugleich schränken wir die finanziellen Spielräume unserer Nachkommen enorm ein. Und die Last, die wir ihnen aufbürden ist enorm. Jedes in Deutschland geborene Kind kommt mit umgerechnet 18.000 Euro Staatsschulden auf die Welt. Die demografische Entwicklung verschärft das Problem noch zusätzlich. Da immer weniger Kinder geboren werden, verteilt sich die immer größere Schuldenlast auf immer weniger Schultern. Solide Staatsfinanzen sind also nicht nur die Voraussetzung für einen handlungsfähigen, sozial-

demokratischen Staat, sondern auch eine Grundbedingung für Gerechtigkeit zwischen den Generationen.

Hinzu kommt, dass von einem großen Haushaltsdefizit in erster Linie die Wohlhabenden profitieren. Bei ihnen nämlich borgt sich der Staat das Geld über sichere Anleihen – dabei handelt es sich um nicht weniger als die größte Umverteilung von unten nach oben überhaupt.

Bezahlen müssen die Schulden hinterher jedoch alle gleichermaßen. Das ist sozial zutiefst ungerecht. Deshalb ist die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte eine handfeste Frage der Gerechtigkeit und damit ein ursozialdemokratisches Anliegen.

Ungeachtet dessen wollen Wirtschaftsminister Michael Glos und Teile der Union die Steuern senken und die Abgaben für die Sozialversicherung reduzieren, anstatt die Neuverschuldung zu reduzieren (- die FDP will alles zur gleichen Zeit). Gleichzeitig soll ein Betreuungsgeld eingeführt und das Kindergeld erhöht werden. Und zu guter Letzt sollen auch die Investitionen weiter steigen. Sie fordern damit nicht weniger als die Quadratur des Kreises. Das ist unseriös und hat mit vorausschauender Haushaltspolitik nichts zu tun. Ein Staat, der nicht haushalten kann, der mit dem ihm von den Bürgern anvertrauten Geld nicht verantwortungsvoll umgeht, verliert jegliches Vertrauen und unterminiert die Glaubwürdigkeit des politischen Systems.

Sozialdemokraten wissen, dass es in einer modernen Gesellschaft Aufgaben gibt, die keine andere Institution als der Staat adäquat erfüllen kann. Nur der Staat kann soziale Sicherung und gute Lebenschancen für möglichst alle garantieren. Nur der Staat kann die Grundrechte schützen, den Rahmen für wirtschaftliches Handeln setzen und innere und äußere Sicherheit schaffen. Mit guten Gründen wehren wir uns deshalb gegen die Apologeten des totalen Marktes, die Steuern für Freiheitsberaubung halten und für den Staat nicht mehr als die Rolle eines Nachtwächters vorsehen. Wir dagegen wollen einen handlungsfähigen Staat – heute und in Zukunft.

Abwarten ist keine Option. Der Druck auf die öffentlichen Haushalte wird in den kommenden Jahren massiv zunehmen. So kommen enorme Versorgungslasten bei den Beamtenpensionen auf uns zu, ganz zu schweigen von den drohenden Finanzierungslücken in den Sozialversicherungen aufgrund des demografischen Wandels. Ökonomen sprechen an dieser Stelle von der „impliziten Verschuldung“, die die „explizite Verschuldung“ der öffentlichen Hand von rund 1.500 Milliarden Euro um ein vielfaches übersteigt. Zusätzlich wird der Staat weitere kostenintensive Aufgaben zu stemmen haben, die sich etwa aus den Anforderungen der Wissensgesellschaft, der wirtschaftlichen Globalisierung oder zunehmender sozialer Ungleichheit ergeben. Die klare Konsequenz lautet: Wir müssen *jetzt* handeln.

Die jüngere Generation muss unter Beweis stellen, dass sie aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt hat. Die Verschuldung der letzten Jahrzehnte war – abgesehen von den Zusatzaufwendungen für die Deutsche Einheit – in vielen Fällen der Weg des geringsten Widerstandes.

Staatliche Verschuldung kann ein effektives politisches Instrument sein, um auch in wirtschaftlich kritischen Situationen handlungsfähig bleiben zu können. Allerdings verlangen die politische Rationalität und die Verantwortung gegenüber den Bürgern und künftigen Generationen, dass die politischen Akteure für die geplante Verschuldung gleichzeitig auch einen Tilgungsplan vorlegen. Andernfalls würde es sich verhalten wie bei einem Flugzeug, in das man steigt ohne sich Gedanken zu machen, wann und wo man wieder landen will.

Dies müsste an sich eine Selbstverständlichkeit darstellen, es ist in der Vergangenheit jedoch noch nie geschehen.

Wie der enorme Schuldenberg des Staates eindeutig zeigt, sind die derzeitigen Regeln der Verfassung nicht geeignet, die Verschuldung zu begrenzen. Genau deshalb brauchen wir eine Schuldenregel, die die staatliche Verschuldung als Ausnahme normiert und dafür klare Vorgaben und Sanktionen schafft.

Deshalb treten wir für eine nationale Schuldenregel mit Verfassungsrang ein, die sich an den Erfahrungen des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes orientiert. Diese neue Regel sollte um einen abschließenden Ausnahmekatalog ergänzt werden, der auch eine konjunkturelle Komponente enthält. Der konjunktursensible Bundeshaushalt muss – anders als die Länderhaushalte – über einen gewissen Verschuldungsspielraum verfügen. Dieser sollte sich am BIP bemessen, und bei Naturkatastrophen sowie zur Abmilderung wirtschaftlicher Extremsituationen genutzt werden können.

Gleichzeitig muss aber auch die Verpflichtung zum Schuldenabbau in Zeiten des Aufschwungs festgeschrieben werden. Als Beitrag für einen Tilgungsfonds könnte die jährliche Abführung der Bundesbank oder auch Veräußerungsgewinne verbindlich verwendet werden. Erst dies ist eine echte antizyklische Politik!

Die Föderalismuskommission muss in den nächsten Monaten zu Ergebnissen kommen, die dann auch im Grundgesetz und in den Verfassungen der Länder umgesetzt werden. Es wäre unverzeihlich, wenn die Politik es unter den derzeit günstigsten Voraussetzungen der großen Koalition nicht lösen würde.